

men auf Sozialhilfe angewiesen sind, heißt es etwa in den Empfehlungen des Bundesfachausschusses Sozialpolitik. Im Bereich der stationären Pflege lägen die Kosten zwischen 1000 und 2500 DM, bei Intensivpflege sogar bei 4700 DM monatlich. Fast keiner der Betroffenen könne diese Kosten aus der eigenen Rente bestreiten. Diese ernüchternde Tatsache als Ergebnis eines arbeitsreichen Lebens sei untragbar, inhuman und leistungsfeindlich. Dieser Zustand sei mit einem leistungsbezogenen Alterssicherungssystem unvereinbar. Es müsse geprüft werden, ob und wie dieses Risiko der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der Sozialversicherung gelöst werden könne.

– Ähnlich wie die SPD strebt auch die CDU eine *leistungsgerechte Harmonisierung der Altersversorgungssysteme* an. Die verschiedenen Systeme der Alterssicherung gewährten nach unterschiedlichen Voraussetzungen Leistungen, die zu unterschiedlichen Alterseinkünften führten. „Für einzelne Bevölkerungsgruppen ergeben sich hieraus erhebliche Unterschiede in ihrer Alterssicherung. Vergleichbare Leistungen müssen jedoch zu vergleichbaren Rentenansprüchen führen.“ Es sollte geprüft werden, inwieweit hier mittel- und langfristig eine leistungsgerechte Harmonisierung durchgeführt werden kann.

### Nicht mehr viel Zeit

Wenn die CDU auch noch kein von der Partei offiziell gebilligtes Rentenprogramm vorweisen kann, geben die dargestellten Einzelheiten doch Aufschluß über die Tendenzen und die Unterscheidungsmerkmale zu den Vorstellungen der beiden anderen Parteien.

Am konkretesten sind bisher die Pläne der SPD. In ihren Wahlaussagen werden indes alle Parteien klar Farbe be-

kennen müssen. Und die Wähler sollten unterscheiden lernen zwischen vagen Tendenz-Aussagen und konkreten Plänen. Ein Verhalten wie Wahlkämpfer Helmut Schmidt vor vier Jahren, der die Renten als sicher bezeichnete und die Warnungen der Opposition als „Panikmache“ abtat, als Bundeskanzler dann aber zur Sanierung der Renten die Versicherten und Rentner kräftig zur Kasse bitten mußte, kann sich jetzt keine Partei mehr leisten.

Das Thema Renten läßt sich auch nicht mehr auf die lange Bank schieben. Das Bundesverfassungsgericht hat klare Fristen zumindest für eine Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung gesetzt: Zum 1. Januar 1985 muß das neue Recht wirksam werden. Für die Mammutverwaltung – immerhin leben rund zehn Millionen Menschen von einer Sozialversicherungsrente – bedeutet dies, daß sie bis Ende 1983 die Konturen des Gesetzes kennen muß, will sie den ganzen Apparat fristgerecht umstellen. Der neue Bundestag muß das Gesetz also in der ersten Hälfte der Legislaturperiode in den Griff bekommen. Dabei wird es sicher – nicht nur im Wahlkampf – zu manchen harten Auseinandersetzungen kommen. Inwieweit bei der geforderten Neuregelung schon Weichen für die längerfristigen Absichten der Parteien gestellt werden, muß abgewartet werden. Bezüglich des von allen Parteien gegebenen Versprechens, nicht zuletzt auch im Interesse der Wahrung der Generationensolidarität die hinsichtlich der Leistungen und Belastungen so unterschiedlichen Leistungssysteme – etwa Rentenversicherung und Beamtenversorgung – zu harmonisieren und den brisanter werdenden sozialen Sprengstoff des immer deutlicher werdenden Zweiklassenrechts zu entschärfen, werden den Worten wohl kaum Taten folgen. Auch im neuen Bundestag werden die Beamten eine stabile Mehrheit haben ...

Hans Lipp

## Brennpunkte

### Kirche und Campesinos

#### Zur Situation der lateinamerikanischen Landbevölkerung

*Die Anstrengungen eines industriellen Aufschwungs und die machtpolitischen Rücksichten auf die einflußreiche Agraroligarchie haben in den lateinamerikanischen Staaten zur Vernachlässigung, wenn nicht Stagnation der landwirtschaftlichen Entwicklung geführt, deren verhängnisvolle wirtschaftliche und soziale Auswirkungen nicht mehr zu übersehen sind. In der praktischen Politik lateinamerikanischer Regierungen schlägt sich die allmählich gewonnene Einsicht jedoch noch nicht nieder – unter*

*anderem aus eben denselben machtpolitischen Zwängen, denen die Regime, Nicaragua vielleicht ausgenommen, unterliegen. Daß etwa die Junta in El Salvador den Belagerungszustand verhängen muß, um mit der Durchsetzung der angekündigten Agrarreform beginnen zu können, zeugt von der realen Machtverteilung in dem derzeit politisch unruhigsten Land Lateinamerikas ebenso wie von der ehrendwerten Absicht seiner politischen Führer. Die Chancen der Oberschicht, deren Vertreter in Washington*

für einen Rechtsputsch werben, stehen denn auch nicht schlecht. Aber wo schon die Landwirtschaft in den Wirtschaftsplänen der lateinamerikanischen Regierungen keine Priorität darstellt, schlimmer noch steht es um die sozialen Zukunftsaussichten der Campesinos, der Menschen, die auf dem Land und vom Land leben. In einer Anzahl von Erklärungen hat die lateinamerikanische Kirche, offenbar die einzige vernehmbare Interessenvertretung der Campesinos, in den letzten Jahren darauf aufmerksam machen wollen, daß wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Entwicklung an der Landbevölkerung vorüberzugehen drohen. Das wachsende Engagement ganzer Ortskirchen für die zum großen Teil in Elend und Rechtlosigkeit lebenden Landarbeiter und Kleinbauern kann als erste Frucht der Beschlüsse von Puebla gewertet werden, in denen der lateinamerikanische Episkopat die Millionen Armen des Kontinents zum vorrangigen Ziel der Evangelisierung erklärte.

Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) der Vereinten Nationen stellte im vergangenen Jahr in einer Studie über „Das bedenkliche Ausmaß der Armut in Lateinamerika“ fest, daß im Zeitraum 1950–1977 sich in diesem Kontinent das Pro-Kopf-Einkommen zwar mehr als verdoppelt hat, die absolute Zahl von 113 Millionen Armen jedoch nahezu unverändert hoch geblieben ist. Die sechziger Jahre brachten die Erkenntnis, daß hohe Produktionssteigerungsraten keineswegs automatisch die Armut verringern helfen. Bis heute hat kein lateinamerikanisches Land und keine ökonomische Schule dieser Tendenz wirkungsvoll begegnen können.

Ausgehend von der These, daß die Armut nur über eine dirigistische Wirtschaftspolitik bekämpft werden kann, kommt die Studie unter anderem zu dem Schluß, daß es den lateinamerikanischen Staaten in einer Phase beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs nicht nur nicht gelungen ist, den armen Bevölkerungsteil auf irgendeine Weise an den Gewinnen zu beteiligen, die Regierungen haben aus machtpolitischen Erwägungen auch darauf verzichtet, die wohlhabenden Schichten ihrer Länder auf angemessene Weise zur Sanierung der Staatsfinanzen heranzuziehen.

## Das Beispiel Chile

Aus dieser zweiten enttäuschenden Erkenntnis zieht die CEPAL-Studie die Schlußfolgerung: Die erste Voraussetzung zur Ausmerzung der Armut kann nur die Organisation der Armen selbst sein (vgl. Docla, Nr. 49, S. 20f.). Derselben Studie zufolge ist die Anzahl der Armen auf dem Lande beträchtlich größer als in den Städten Lateinamerikas; 62 Prozent der Landbevölkerung gegenüber 26 Prozent der Stadtbewohner fallen unter die Armutsgrenze. Diese Zahlen belegen das Scheitern der Agrarpolitik in den lateinamerikanischen Ländern, die in den letzten 25 Jahren entweder darin bestand, eine Landreform mit dem Ziel gerechterer Verteilung als auch intensiverer Nutzung von Grund und Boden in Angriff zu nehmen oder sie zu verhindern. Selbst über angekündigte oder ansatz-

weise verfolgte Agrarreformen stürzte mehr als eine lateinamerikanische Regierung. In Kuba und Chile kam es zu einer radikalen Umverteilung des Grund und Bodens, die im Fall Chile von der nachfolgenden Regierung zu einem guten Teil rückgängig gemacht wurde.

Die Agrarpolitik der chilenischen Militärjunta ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür, daß die Armut der Landbevölkerung nicht eingedämmt werden kann, solange die dort propagierte und praktizierte Wirtschaftsordnung nach den Konzepten Milton Friedmans und seiner Schüler auf regulierende soziale Maßnahmen seitens des Staates verzichten zu können glaubt. General Pinochet stoppte die von der Regierung Allende mit Zwangseignungen begonnene Landreform; ein Teil der Ländereien wurde den früheren Eigentümern zurückgegeben, andere wurden versteigert oder nach Gutdünken verteilt. Die Landbesitzer aus der Zeit 1970–1973 wurden vertrieben oder mußten sich in die Abhängigkeit der neuen alten Großgrundbesitzer begeben.

Die schrittweise Rückkehr zur Latifundien-Wirtschaft in Chile gehört zu den negativsten ökonomischen Erscheinungen des amerikanischen Subkontinents. In dem herrschenden liberal-kapitalistischen System bestimmt die Vormachtstellung der Großgrundbesitzer den Agrarsektor wieder in einem Ausmaß, daß den nicht wettbewerbsfähigen Bauern der Markt verschlossen bleibt. Bereits 1978 hatten 36,8 Prozent der nach 1973 verteilten Ländereien wieder den Besitzer gewechselt, da die Bauern ohne Subventionen dem freien Wettbewerb nicht gewachsen waren: die Mehrzahl von ihnen verkaufte Land und Vieh, um die Kredite bezahlen oder ihre Familien ernähren zu können. Aus diesen gescheiterten Bauern und den landlosen Arbeitern auf den Latifundien bildet sich ein Landproletariat – manpower für die Großgrundbesitzer, die, einer Empfehlung der Nationalen Agrargesellschaft SNA folgend, mehr und mehr Tagelöhner statt langfristig gedungener Landarbeiter unter Vertrag nehmen, um die Arbeitgeber-Lasten auf (billige) Löhne zu reduzieren. Von den 90 000 Feldern, die der Staat zwischen 1974 und 1979 vergeben wollte, wurden nur 37 500 verteilt. Aus dieser Politik resultieren steigende Arbeitslosigkeit, Anreiz zur Landflucht – die Entwurzelung der Campesinos, die weder ihr eigenes Land noch das ihres patrón bearbeiten.

Die für lateinamerikanische Verhältnisse fortgeschrittene Organisation der Campesinos wurde von den chilenischen Militärs gezielt geschwächt. Als Allende 1973 gestürzt wurde, waren 65 Prozent der Campesinos gewerkschaftlich organisiert. Heute zählen die zugelassenen Syndikate nur 40 000 (10 Prozent) Mitglieder. „Kraftlos inmitten eines Wirtschaftssystems mit Schockwirkung, eingeschüchtert von der unerbittlichen Anwendung des permanenten Ausnahmezustandes und schutzlos in ihrer Isolierung, sind die Campesinos in aller Stille ausgeraubt und gedemütigt worden“, schrieb die Jesuiten-Zeitschrift „Mensaje“ in einem Beitrag über die Campesinos mit dem Titel: „Der stumme Schrei“ (Oktober 1979).

Die Lage der Landbevölkerung in den anderen lateinamerikanischen Staaten zeigt nur *graduelle Unterschiede* etwa

im Ausmaß der extremen Armut oder der politischen Repression. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung schwankt zwischen 65 Prozent (Bolivien) und 25 Prozent (Argentinien und Venezuela). Daß man sie zum Beispiel in Brasilien, wo die *Campeños* 40 Prozent der Bevölkerung stellen, als Minderheit darzustellen versucht, entlarvt die auf bloße Produktionssteigerung fixierte Langzeitperspektive brasilianischer Politik. Was in der chilenischen Agrarpolitik erste Konturen annimmt, wird in Brasilien bereits zielstrebig verfolgt: eine an den Erzeugern, der Erzeuger-Region und sogar an nationalen Bedürfnissen vorbei produzierende Agrarindustrie. Diese hochtechnisierten und am Weltmarkt orientierten Unternehmen werden als die Landwirtschaft der Zukunft propagiert, ein weltweiter Trend, der die FAO-Konferenz im vergangenen Jahr beschäftigte. Daß sich Länder der Dritten Welt mit einem solchen Wirtschaftsprogramm freiwillig in die Abhängigkeit zahlungskräftiger Industrienationen begeben und dafür die zunehmende Verelendung der ohnehin sozial schwachen Landbevölkerung in Kauf nehmen, gehört zu den Perversionen des erwachenden Wertbewußtseins dieser Länder.

### Wirtschaftliche Abhängigkeit und menschliche Entwurzelung

In *Brasilien*, das sowohl wegen seiner territorialen Ausmaße als auch seiner rasanten ökonomischen Entwicklung vor agrarpolitischen Problemen aller Art steht, werden diese erst offiziell zur Kenntnis genommen, wenn sie sich in sozialen Spannungen entladen, die auf lokaler Ebene mit den üblichen ordnungspolitischen Maßnahmen nicht mehr beizulegen sind. So verkündete Präsident *João Figueiredo* am 1. Februar offenbar unter dem Druck führender Militärs eine „erste regionale Landreform“ im *Araguaia*-Gebiet. Wie im gesamten Amazonas-Gebiet häufen sich dort die Konflikte zwischen Kleinbauern ohne Rechtstitel („*posseiros*“) und Großgrundbesitzern bzw. Unternehmern. In der *Araguaia*-Region mobilisierten die Streitkräfte 1975 mehr als 10 000 Soldaten, um eine dort operierende Land-Guerrilla zu zerschlagen. Die Landreform im *Araguaia*-Gebiet soll „nach dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit“ erfolgen, erläuterte der Sprecher des Präsidenten die überraschende Maßnahme. Noch im vergangenen Jahr hatte der mächtige Planungsminister *Delfin Netto* die seit 1974 umkämpfte Landreform als „reinen Zeitvertreib für Wirtschaftsexperten ohne Job“ bezeichnet. Die jetzt versprochene Reform ist aber eher als soziale Befriedungsmaßnahme zu verstehen denn als Anzeichen für einen Gesinnungswandel der Regierung. Daß soziale Maßnahmen nicht gewährt, sondern erzwungen werden müssen, ist eine historische Erfahrung, deren politische Auswertung in Lateinamerika immer subversiven Charakter trägt. So wird in Brasilien nur theoretisch diskutiert, daß eine gerechte Landverteilung politisch nicht durchsetzbar ist, es sei denn über eine soziale Revolution. Die offizielle politische Linie dagegen scheint sug-

gerieren zu wollen, daß es von der jetzt eingestandenermaßen unbefriedigenden Situation in den ländlichen Regionen bis zur voll mechanisierten Landwirtschafts-Industrie nordamerikanischer Prägung nur ein kostspieliger, aber ansonsten problemloser Schritt sei.

Wie in einigen anderen Ländern Lateinamerikas wird die *Campeño*-Frage in Brasilien abseits der politischen Szene auch *unter kulturell-anthropologischen Gesichtspunkten* erörtert. Es scheint hier die Meinung vorzuherrschen, daß der Identitätsverlust der lateinamerikanischen *Campeños* schon so weit fortgeschritten sei, daß selbst radikale strukturelle Reformen ihn nicht vor dem Untergang retten könnten. Das Surrogat, der Landindustriearbeiter, existiere schon. Zu den Merkmalen des *Campeño* zählt *Darcy Ribeiro*, Erziehungsminister unter dem linksgerichteten Präsidenten Goulart, die des archaischen Bauernstandes; seine gesellschaftliche Funktion sei es gewesen, der sich ständig wandelnden städtischen Bevölkerung Kontinuität und Stabilität zu geben. Der *Campeño* sei im Besitz uralter Weisheiten gewesen; seine Dekulturation habe ihn aber „in einem sehr langsam voranschreitenden und äußerst schmerzhaften Prozeß enturzelt und verwandele ihn in einen *Tabula-rasa*-Menschen, dem sein kostbarstes Erbe verlorengeht, das Einvernehmen mit sich selbst und die Weisheit der Welt“ (*Voices* 8, 1979, S. 587 f.). Der Anthropologe *Ribeiro* selbst teilt die pessimistische Sicht seiner Kollegen nur ein Stück weit. Er befürchtet eine Abkehr von den traditionellen klassenorientierten Kriterien; der *Campeño* sei zuerst *Indio*, seine ethnische Zugehörigkeit mache ihn stärker als seine soziale Gruppe. *Ribeiro*s visionäres Ziel ist die Befreiung der *Indios* aus eigener revolutionärer Kraft und eine politische Neuordnung über die in der Kolonialzeit gezogenen nationalen Grenzen hinweg.

### Die Kirche – Helferin des Landproletariats

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß auch weniger utopistische Überlegungen der Humanwissenschaften ohne Einfluß auf die politische Meinungsbildung derer bleiben, die über die Zukunft der *Campeños* befinden. Eher berühren sie sich mit den grundsätzlichen Forderungen einer in Lateinamerika politisch weitaus relevanteren Kraft, der katholischen Kirche. Sie hat in den vergangenen fünfzehn Jahren ihre Allianz mit dem Großgrundbesitz zu lösen versucht, um sich dem „Volk“ (ein Begriff, der in Lateinamerika immer die Mehrheit des Volkes, die Armen, meint) zuzuwenden. Die etablierte Macht der meisten lateinamerikanischen Länder fürchtet die Kirche, der es nach Einschätzung mancher Politiker „nur noch“ an Entschiedenheit fehle, um einen ganzen Kontinent politisch ins Wanken zu bringen. In den offiziellen Verlautbarungen der Kirche bis zur dritten Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in *Puebla* im Januar/Februar 1979 waren die *Campeños* Bestandteil, aber nicht Schwerpunkt der Armen-Pastoral der Kirche,

Priester und in zunehmenden Maße auch Bischöfe setzten sich aber im Sinne der *Konferenz von Medellín*, der zweiten Generalversammlung der Bischöfe im Jahre 1968, für die ein, deren Stimme nicht gehört wurde. Der zu sozialem Engagement entschlossene Teil der lateinamerikanischen Kirche begann seine Arbeit auf einem doppelten Aktionsfeld: Er prangerte Menschenrechtsverletzungen öffentlich an und trieb die „concientización“, die Bewußtseinsbildung, der Armen und Rechtlosen voran. Der Vorwurf der Subversion und Repressionen gegen die „kommunistisch infiltrierte Kirche“, die zeitweise den Charakter einer regelrechten Verfolgung annahm, blieben nicht aus. In diesen Monaten bietet *El Salvador* eine dramatische Bestätigung für die Härte der politischen Auseinandersetzung, in der Kirchenführer den Part der leidenden Bevölkerung mit übernommen haben. Das in Medellín geprägte Schlagwort von der „ganzheitlichen Befreiung des lateinamerikanischen Menschen“ fand bei den Trägern der Pastoral zunächst noch ein unterschiedliches Echo. Unter den skeptischen Blicken Roms, der Weltkirche und vor allem lateinamerikanischer Bischöfe entwickelte sich in den siebziger Jahren aber insgesamt eine fruchtbare Sozialpastoral. Wie jeder geistige Aufbruch war auch die Konferenz von Medellín von Mißverständnissen und Fehlinterpretationen begleitet; das innerkirchliche Ringen um die Abgrenzung von politischem und kirchlichem Auftrag prägt die lateinamerikanische Kirche bis heute.

Das Ausmaß sozialer Unterdrückung und politischer Ohnmacht auf dem Land ließ jede Hilfestellung für den Schwächeren als Anschlag auf eine in den Augen vieler Besitzender sogar als gottgewollt verstandene Ordnung erscheinen. Für einen Teil der Amtskirche war es Anlaß zum Rückzug auf ein sakramentalistisch geprägtes Kirchenverständnis und zu politischer Abstinenz. Die Priester und Bischöfe, die den Kampf um Leben, Menschenwürde und -rechte der Campesinos aufnahmen, lebten zumindest zeitweise unter ihnen und predigten über die umstürzlerischen Konsequenzen der Gotteskindschaft jedes Getauften. Das soziale Engagement der Kirche wurde und wird von den Campesinos selbst unterschiedlich aufgenommen. Viele von ihnen, in Generationen unterernährt und in Apathie dahinlebend, vermögen ihre Schicksals ergebenheit nur schwer gegen die Hoffnung und christliches Handeln einzutauschen. Dies gilt etwa für die Indianer des Altiplano, des Anden-Hochlandes, aber auch für viele in den Süden abgewanderte und heruntergekommene Landarbeiter Nordost-Brasiliens. In anderen Gebieten hat die Motivierung zur Eigeninitiative reiche Früchte getragen; die „Ligas Agrarias“ in Paraguay, 1975 mit militärischer Gewalt zerschlagen, zählten dazu wie die heute zahlreichen *regionalen Bauerngenossenschaften* in fast allen Ländern des Subkontinents und die kirchlichen Basisgemeinschaften, die sich allerdings auf dem Lande langsamer entwickeln als in den Städten. In vielen ländlichen Diözesen werden Dossiers über Rechtsverletzungen der Gutsbesitzer erstellt und Rechtshilfe gewährt. In der Vorbereitungsphase der Konferenz von Puebla schrieben Gruppen von Campesinos an ihre jeweilige Bischofskon-

ferenz, immer mit der Bitte, sie bei den Beratungen nicht zu vergessen. Die 1975 gegründete *Kommission für Landpastoral* der Brasilianischen Bischofskonferenz legte den Bischöfen bei der Vollversammlung im April 1978, die der Vorbereitung der Konferenz von Puebla diente, eine Untersuchung zur Lage der Landbevölkerung vor, deren statistische Aussage die Schlußfolgerung zuläßt, der Mensch werde „geringer bewertet als eine Maschine, die immerhin gewartet werden muß, oder ein Ochse, der seinen Marktwert besitzt“.

Die Studie endet mit einer „Verheißung“ an die brasilianischen Camponeses: „Die Erfahrungen, die das Volk hauptsächlich in den letzten Jahren gewonnen hat, führen es dazu, das zu wollen, was die Hebräer in Ägypten erreicht haben: seine Befreiung. Mit einem wichtigen Unterschied: Sein Land ist das, in dem es selbst lebt, und kein anderes; sein Jerusalem liegt in Brasilien selbst, weder in Paraguay noch in Bolivien oder in den menschenunwürdigen Randgebieten der Städte“ (zitiert nach *Martin Lange / Reinhold Iblacker SJ*: „Christenverfolgung in Südamerika“, Herder, Freiburg 1980). Damals zeichnete sich bereits ab, daß für Brasilien die Landfrage Schwerpunkt der Pastoral werden würde. In *Puebla* konnten sich die Fürsprecher einer dezidierten Stellungnahme zur Situation der Campesinos nicht durchsetzen. Immerhin finden sie im Schlußdokument dreimal eine ausdrückliche Erwähnung. (Nr. 35 „... Landbevölkerung, die als gesellschaftliche Gruppe fast auf dem ganzen Kontinent in der Verbannung lebt, die manchmal des Grund und Bodens beraubt ist, sich in innerer und äußerer Abhängigkeit befindet und Vermarktungssystemen unterworfen ist, die sie ausbeuten.“ – Nr. 68 „... Das Fehlen wirklichkeitsnaher Strukturreformen in der Landwirtschaft, die mit Nachdruck die schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Landarbeiter angehen, nämlich den Zugang zu Grund und Boden und den Produktionsmitteln, die eine Verbesserung von Produktivität und Vermarktung herbeiführen würden.“ – Nr. 1245 „... Die Kirche richtet ihr Wort an die Landarbeiter: Ihr seid die belebende Kraft beim Aufbau einer Gesellschaft, die von mehr Mitbeteiligung getragen wird...“ – zitiert nach „Die Evangelisierung Lateinamerikas in Gegenwart und Zukunft“, herausgegeben vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.)

In den Beschlüssen von Medellín hatten die Bischöfe die Regierungen bereits zu einer „echten und dringenden Reform der Agrarstruktur und Agrarpolitik“ aufgerufen (Medellín, Dokument über die Gerechtigkeit). Die Ansprache Papst *Johannes Pauls II.* an die Landbevölkerung in Oaxaca/Mexiko (HK, März 1979, 149) weckte große Hoffnungen. Inwieweit die damals deutlich sichtbare Erschütterung des Papstes in seiner Beurteilung der lateinamerikanischen Pastoral nachwirkt, könnte sich bei seiner zweiten Lateinamerika-Reise nach Brasilien im Juli dieses Jahres herausstellen. Es ist nur zu hoffen, daß in dem Ringen um die Punkte des Besuchsprogramms für den Papst die brasilianische Wirklichkeit nicht zu kurz kommt.

## Bis an die Grenzen des pastoralen Auftrags

Mit ihren jüngsten, ausschließlich der Landfrage gewidmeten Dokumenten haben die chilenischen und die brasilianischen Bischöfe die Not der Campesinos ihrer Länder von neuem ins Scheinwerferlicht gezogen und damit großen politischen Mut bewiesen. Beide Bischofskonferenzen haben sich von staatlicher und privater Seite den *Vorwurf sachlicher Inkompetenz* eingehandelt u. a. deshalb, weil sich hinter ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen ausgesprochen oder unausgesprochen ein über prophetische Anklagen und pastorale Richtlinien hinausreichendes, ziemlich konkretes agrarpolitisches Konzept zeigt. Diese Tatsache macht vor allem das brasilianische Papier in der Tat angreifbar, eine schwache Stelle, die von denjenigen am schärfsten kritisiert wurde, die eigentlich den ganzen Text meinen.

Für die brasilianischen Bischöfe war das Ausbleiben der Landreform und der Trend zur kapitalistischen Agrarindustrie in Brasilien Anlaß, die Landfrage als zentrales Thema der letzten Vollversammlung (4.–14. Februar in Itaici/São Paulo) zu behandeln. Das im Anschluß an die Konferenz veröffentlichte Schlußdokument „Kirche und Landprobleme“ enthält eine scharfe *Verurteilung des Agrarkapitalismus*. Die Ausbeutung der arbeitenden Massen durch eine kleine, besitzende Minderheit und die bestehenden Ungerechtigkeiten könnten so lange nicht überwunden werden, wie das politische und wirtschaftliche System Brasiliens die Profite einer kleinen Gruppe von Kapitalisten privilegiere, heißt es in dem Papier. Die Bischöfe fordern eine „echte Agrarreform“ auf der Grundlage von Genossenschafts-, Stammes- und Familieneigentum, grenzen sich aber ausdrücklich von marxistisch-kollektivistischem Gedankengut ab. („In Übereinstimmung mit den Puebla-Beschlüssen möchten wir unsererseits sowohl den Kapitalismus, auf dessen bössartige Auswirkungen wir in diesem Dokument hingewiesen haben, als auch den marxistischen Kollektivismus, von dessen schädlichen Vorgehensweisen wir aus anderen Ländern hören, verurteilen.“) Während der größere Teil des Dokuments, die agrarpolitische Analyse, durch den ständigen Wechsel von punktuellen regionalen Beobachtungen und allgemein gefaßten kritischen Anmerkungen deutliche Schwächen aufweist, besticht die eigentliche kirchliche Stellungnahme durch die Entschiedenheit der Aussage und durch ihren positiven hoffnungsvollen Tenor. Besonderen Wert legen die brasilianischen Bischöfe offenbar auf die kirchlichen Basisgemeinschaften als Ort der Evangelisierung, aber auch der menschlichen Entwicklung: „Wir sind von der verändernden Kraft dieser Gemeinden überzeugt und erblicken in ihnen die wirksamste Chance, daß die Kirche mit den Arbeitern zur Erlangung ihrer Forderungen mitwirken kann.“

Das Dokument wurde mit 172 gegen vier Stimmen bei vier Enthaltungen angenommen. Die große Mehrheit soll allerdings erst nach Berücksichtigung von rund 250 Änderungsanträgen zustande gekommen sein. So bemängelte

der konservative Flügel des Episkopats unter dem CELAM-Vizepräsidenten Erzbischof *Luciano Duarte*, die Unterscheidung in „Land der Ausbeutung“ und „Land der Arbeit“ (der erste Begriff meint den Grundbesitz des Kapitals, der zweite das „Land im Besitz derer, die es bearbeiten“) taste das Recht auf Privateigentum an, weshalb dem Passus der Satz hinzugefügt wurde: „Die Unterscheidung leugnet nicht den rechtmäßigen Landbesitz, solange die Rechte der Arbeiter beachtet werden.“

Wie in dem im September vergangenen Jahres veröffentlichten Papier zur brasilianischen Wirtschaftspolitik (vgl. HK, November 1979, 544) gehen die Bischöfe auch in diesem Dokument bis an die Grenzen ihres pastoralen Auftrags, nach Meinung ihrer Kritiker, ohne sich bei Experten genügend abgesichert zu haben. Die Annahme etwa, daß ein Stück Land in eigenem Besitz und genügend günstige Kredite nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern automatisch auch wirtschaftlichen Profit bringen, dürfte schwerlich zuverlässig zu prognostizieren sein. Belegbar ist im Augenblick nur, und das wird von den brasilianischen Landwirtschaftsbehörden ungern zugegeben, daß die Kleinbauern ertragreicher wirtschaften als die Großgrundbesitzer. (Nach amtlichen statistischen Angaben erwirtschaften die kleinen Anwesen, die nur 13,8 Prozent der Nutzfläche ausmachen, einen durchschnittlichen Ertrag von 240,37 Cruzeiros pro Hektar, die Großgrundbesitzer, die 72,1 Prozent der Fläche innehaben, nur 72,20 Cruzeiros pro Hektar. Allein in den Großgrundbesitzen – Staatsbesitz ausgenommen – liegen mehr als 70 Millionen Hektar nutzbares Land brach.)

Daß die Situationsanalyse der Bischöfe – sieht man einmal von den umstrittenen Modellansätzen ab – ins Schwarze trifft, zeigt die Überreaktion und der üble Stil der brasilianischen Presse. „Früchte der Inkompetenz“ ist ein Kommentar der Zeitung „O Estado de São Paulo“ vom 16. Februar überschrieben, in dem es heißt, das Dokument offenbare die „Ignoranz der Kirche und mehr noch den Wunsch, das soziale Klima zu vergiften... in der Absicht, eine Führungsrolle als Agitatorin statt als Retterin der Menschen zu übernehmen“. Die Kirche biete geradezu absurde Alternativen an, wenn sie den Großgrundbesitz verdamme und die Minifundienwirtschaft empfehle.

## Der Befreiungstheologie gefolgt

Der „Hirtenbrief an die Campesinos“ der Chilenischen Bischofskonferenz vom 14. August 1979 enthält eine Situationsbeschreibung, Anmerkungen zur Lehre der Kirche und eine „Einladung zum Handeln“. Wegen der Klarheit der Aussagen und der Verständlichkeit der Sprache fand das Dokument bei den Campesinos wie bei staatlichen Stellen starke Beachtung. Auch in Chile traf die Bischöfe der Vorwurf der Inkompetenz, dem der Bischof von Los Angeles/Chile, *Orozimbo Fuenzalida*, in der Zeitung „Mercurio“ (22. 9. 79) mit dem Hinweis begegnete, man brauche „kein Experte zu sein, um zu sehen, daß unser Campesino-Volk hungert“. Auch hier dient der *Vorwurf der Inkompetenz* den staatlichen Stellen als Vorwand

und Ventil für die Verärgerung über die Systemkritik der Kirche und ihre möglichen, langfristig sogar wahrscheinlichen subversiven Konsequenzen. Daß dieser Hirtenbrief politischen Zündstoff birgt, wird schon aus einigen wenigen Formulierungen und Zitaten deutlich. An die Campesinos gerichtet, heißt es: „Die Einheit ist die Macht der Schwachen ... Wir fordern euch auf, in den Landarbeiter-Organisationen mitzuarbeiten ... Es ist besser, einen Schritt gemeinsam zu tun als zehn allein ... Wir wollen, daß Ihr selbst Gegenstand und Akteure Eurer persönlichen, familiären, wirtschaftlichen und sozialen, kulturellen und politischen Befreiung werdet!“ (Zit. nach Do-cla, Nr. 48, 6ff.) An die Adresse der chilenischen Unternehmer und Großgrundbesitzer heißt es: „Wir wissen, daß es für viele von Euch nicht leicht war, sich auf die neue Mentalität des Campesino, seine Mündigkeit, einzustellen. Ihr wart mehr an Wohltätigkeit als an gerechte Werke gewöhnt ... Wir fordern Euch auf: erkennt die Bauerngewerkschaften an.“

Wie der Sachverstand der katholischen Bischöfe in dieser Frage auch zu beurteilen sein mag, sie haben die Verteidigung einer zahlreichen, aber an politischer und sozialer Geltung armen und in ihrer Existenz bedrohten Volksschicht übernommen und öffnen den Campesinos so die vielleicht letzte Chance einer besseren Zukunft in eigener Regie. Innerkirchlich ist die Akzentuierung der Landfrage nicht unumstritten. In den Jahren der Vorbereitung der Konferenz von Puebla wurde im lateinamerikanischen Episkopat die Forderung nach einer *Neubesinnung auf die christliche Kultur und Zivilisation Lateinamerikas* laut. In den beiden Vorbereitungspapieren schlug sich dieses Anliegen wesentlich deutlicher nieder als in dem eigentlichen Schlußdokument. Die entsprechenden pastoralen Überlegungen gelten vornehmlich der rasant anschwellenden Bevölkerung der lateinamerikanischen Städte, die den ideologischen Einflüssen der Säkularisierung ausgesetzt sind. Diese richtig und rechtzeitig erkannte Herausforderung an die Kirche wurde von einer in sozialen Fragen eher zurückhaltenden Gruppe des lateinamerikanischen Episkopats vor und in Puebla derart in den Vordergrund gerückt, daß es so scheinen konnte, als solle die soziale Problematik

ins zweite Glied geschoben werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Bekämpfung säkularistischer Strömungen von der Kirche weniger *politisches* Engagement fordert. Die in Puebla getroffene „vorrangige Entscheidung für die Armen des Kontinents“ zeigt, daß eine Schwerpunktverlagerung im Sinne dieser Gruppe, zu der maßgebliche CELAM-Bischöfe und Mitglieder der CELAM-Sektionen gehören, nicht erfolgt ist. Gleichwohl kommt die aus Industrialisierung und explosionsartiger Urbanisierung resultierende kulturelle und religiöse Problematik in zahlreichen Textstellen des Puebla-Dokuments zum Ausdruck. Es ist so lange ein legitimes Ansinnen der Kirche, den Anschluß an die großen Zeitströmungen (den sie oft genug verpaßt hat) zu suchen, wie die selbst gesetzten Prioritäten dabei nicht ins Wanken geraten. Die Neubesinnung auf christliche Kultur und Zivilisation zeugt vom Weitblick der lateinamerikanischen Kirche, die auch zukünftige Herausforderungen zu erkennen vermag. Daß sie dabei nicht Not und Elend des Augenblicks übersieht, beweist das – historisch gesehen – späte, aber im Gesamtkontext kirchlichen Handelns gesehen sogar spontane Eintreten für einen derzeit unbeachteten Teil der lateinamerikanischen Völker. In Chile und Brasilien hat mit den nationalen Bischofskonferenzen die gesamte Ortskirche auf die elende Lage der Millionen Campesinos reagiert, die sich selbst noch kaum artikulieren können und schon vergessen zu werden drohen. Die Kirchen folgen damit im Ansatz der Befreiungstheologie, indem sie ja die leidvolle lateinamerikanische Wirklichkeit zum Ausgangspunkt ihres pastoralen Handelns machen. Zumindest von der Basis aus betrachtet, ist dieser Ansatz theologisch unbedenklich. So stand in einem Brief ketschuasprachiger Campesinos an die Bischöfe in Puebla zu lesen: „Wir Landarbeiter, wir wissen doch nichts voneinander, wir sind uns nicht einig, wir protestieren nicht. Wir haben Hunger und sind krank, Wasser gibt es auch keins. Wir dürfen uns nicht organisieren, man macht uns den Garaus, wirft uns ins Gefängnis und trampelt auf uns herum. Wir fragen Euch, Brüder Bischöfe: Wär's nicht schön, wenn Ihr unserem armen Volk, den lateinamerikanischen Landarbeitern, Rückhalt geben würdet?“ (Zit. nach DIAL, Nr. 487.)

Gabriele Burchardt

## Interview

### Von Johannes XXIII. zu Johannes Paul II.

#### Ein Gespräch mit Leo Joseph Kardinal Suenens

Seit dem Ende des Zweiten Vatikanums sind beinahe fünfzehn Jahre vergangen. Von den vier Moderatoren des Konzils lebt nur noch Leo Joseph Kardinal Suenens, der zu Anfang dieses Jahres sein Amt als Erzbischof von Me-

cheln-Brüssel, das er seit 1961 innehatte, niederlegte. In dem Gespräch, das unser Mitarbeiter Jan Grootaers (Brüssel) für die Redaktion führte, ging es vor allem um einen Rückblick auf das Konzil und seine Nachgeschichte bis hin